



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/288

11. Dezember 1950

Hinweise auf den Inhalt:

| | |
|---|-----|
| Sozialist und Staatsmann | S.1 |
| Acheson für volle Souveränität Deutschlands | S.3 |
| Das Verhältnis Wahlblock - BHE in Kiel | S.4 |
| Propaganda mit der "Prager Erklärung" | S.5 |
| Ostnachrichten | S.6 |

Oesterreichs Bundespräsident 80 Jahre alt

Zum 80. Geburtstag Dr. Karl Renner am 14. Dezember

P.R.M. Dr. Karl Renner, der oesterreichische Bundespräsident, hat einen schweren, mühevollen und dornigen Weg zurückzulegen gehabt, bis er aus dem kinderreichen Bauernhaus in Unter-Tannowitz in Mähren in die Präsidentenräume der ehemaligen Wiener Hofburg kam. Eigene Tüchtigkeit, rastloser Fleiss und das unbegrenzte Vertrauen seiner Mitmenschen haben ihm diesen Weg geebnet. Er, der wache Miterleber dreier stark voneinander abgegrenzter Zeitepochen der österreichischen Geschichte, war wie kein zweiter berufen, Retter der österreichischen Demokratie nach 1918 und 1945 zu werden.

Nach dem durch sehr viele Opfer ermöglichten Besuch des Gymnasiums in Nikolsburg, der mährischen Bezirksstadt, in der durch den Präliminarfrieden 1866, vier Jahre vor Renners Geburt, der Krieg zwischen Preussen und Oesterreich beendet wurde, maturierte er mit Auszeichnung und ging nach Wien, um sich dem juristischen Studium zu widmen. Rechtsanwalt wollte er werden, doch es kam, wie so oft im Leben, anders. Bereits in den Studienjahren hatte Renner die Bekanntschaft Viktor Adlers gemacht, der sofort die politische Begabung des jungen Werkstudenten erkannte. Um die Jahrhundertwende erhielt Renner eine Anstellung als Bibliothekar in der Parlamentsbibliothek des Reichsrates. 1907 wurde er selbst in den Reichsrat gewählt, und er gehörte bis 1934, beim Ausbruch der halbfaschistischen Ära Dollfuß, ununterbrochen dem Parlament an. Es war eine Selbstverständlichkeit, dass die österreichische

Sozialdemokratie den mit so grosser Weisheit und warmer Menschlichkeit ausgestatteten Mann nach 1918 zum Staatskanzler vorschlug, den der Nationalrat dann auch einstimmig wählte. Er hatte als erster die gewiss nicht leichte und undankbare Aufgabe, für das klein gewordene Rest-Oesterreich den Frieden von St.Germain zu schliessen. Seine Maxime, damals wie heute, lag in seinen Worten zum Amtsantritt im Jahre 1919: Lassen wir das Vergangene begraben sein, und wenden wir uns der Zukunft zu, und diese Zukunft heisst - allgemeine Freiheit des ganzen Volkes.

Als 1945 die zweite oesterreichische Republik entstand, berief man den nun schon 75-jährigen aus seiner stillen Zurückgezogenheit in Gloggnitz am Semmering an die Spitze der provisorischen Regierung, die er bis zur Konstituierung des neuen Nationalrates führte. Und wieder, wie nach 1918, konnte sich keine der Parteien der überragenden Persönlichkeit entziehen, als er am 19. Dezember 1945 durch die Bundesversammlung einstimmig zum Bundespräsidenten gewählt wurde, dessen Amtszeit nun im nächsten Jahre abläuft.

Karl Renner, der Sohn eines Landes, in dem Deutsche und Tschechen seit Jahrhunderten neben- und miteinander lebten, ist Europäer im besten Sinne des Wortes, so wie er schon zur Zeit der k.u.k.-Monarchie war. Immer hat er Verständnis für andere Völker gepredigt und das Verständnis für deren wertvolle Leistungen im Dienste der ganzen Menschheit zu wecken versucht. Dabei hat er nie vergessen, seine Liebe zu seinem eigenen Vaterlande und auch zum grösseren deutschen Brudervolk zu betonen. Mit Friedrich Ebert verband ihn eine herzliche Freundschaft, und noch heute hängt in seinem Arbeitszimmer, in der kleinen weissen Villa im Wiener Bezirk Grinzing, neben dem Bild seines grossen Lehrmeisters Viktor Adler das Bildnis Friedrich Eberts.

Auch als erster Mann im Staate ist Renner immer der schlichte und geliebte Arbeiterführer geblieben. Seine Schwäche sind Blumen, die er in seinem kleinen Heim selbst mit aller Liebe pflegt. Diese Liebe zur Natur brachte es mit sich, dass er Mitbegründer der Naturfreunde-Bewegung wurde, die von Wien ihren Ausgang nahm.

An seinem 80. Geburtstag grüsst ihn das gesamte oesterreichische Volk, dem seine Liebe gehört. Es grüsst ihn aber auch die internationale sozialistische Arbeiterbewegung als einen ihrer Besten.

Acheson für volle deutsche Souveränität

Von S. Aufhäuser, New York

Unmittelbar nach dem Bekanntwerden des sozialdemokratischen Wahlsieges in Bayern setzte im US-Außenministerium eine bemerkenswerte Aktivität ein, um unter starken Druck auf Frankreich und England eine beschleunigte Erledigung der deutschen Remilitarisierung unter sorgfältiger Beachtung der von der SPD bekanntgemachten Bedingungen herbeizuführen. Mit einer öffentlichen Verlautbarung über die veränderte Haltung zu Deutschland wurde zunächst noch zurückgehalten, da sich die Atlantikkonferenz in London Anfang dieses Monats mit der Schaffung eines Kompromisses befasste, doch drängt Washington auf eine Entscheidung. Die Erwägungen im Rat zu London sind noch immer, Deutschland in die Westfront einzureihen, es aber gleichzeitig schwach zu halten. Das US-Staats-Department aber hat sich in der Wahl zwischen einem schwachen und einem starken Deutschland jetzt endgültig für das letztere entschieden und England und Frankreich unter Hinweis auf die äußerste Kriegsgefahr zu einem drastischen Wechsel der bisherigen Deutschland-Politik aufgefordert.

Nach einer authentischen Mitteilung von Robert S. Allen in der "New York Post" hat Staatssekretär Dean Acheson in einer nicht-öffentlichen Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Repräsentantenhauses eingehend über die geplante weitreichende Änderung in der Behandlung Westdeutschlands berichtet. Er habe seit dem Frühjahr die Wiederbewaffnung Deutschlands vertreten und er schlägt dem Kongress vor, einen Schritt weiterzugehen und die Bundesrepublik zu einem in jeder Hinsicht gleichberechtigten Alliierten zu machen. Unter Bezugnahme auf die SPD-Forderungen im bayrischen Wahlkampf wurde im Ausschuss von einem Vertrag gesprochen, durch den die Souveränitätsrechte, die Deutschland durch den Krieg verloren hat, wieder hergestellt werden sollen. Acheson sagte u.a. wörtlich:

" In Konsequenz der kürzlichen Wahlen in Deutschland und der sehr ernstesten Wendung der Ereignisse in den letzten Tagen, ist es dringend(imperative) geworden, unsere Politik gegenüber Deutschland zu ändern. Es ist für uns von vitaler Bedeutung, diese Änderung ohne jeden Aufschub vorzunehmen. Wir haben keine Zeit mehr zu verlieren."

Acheson hat im Ausschuss zu dieser prinzipiellen Erklärung, Deutschland im Kampf gegen Angriffe von russischer Seite als völlig

gleichen Bundesgenossen anzuerkennen, keine weiteren Details gegeben, doch steht nach seiner Mitteilung ausser jedem Zweifel, dass sich die US-Regierung die von Schumacher aufgestellten Bedingungen insoweit zu eigen gemacht hat, als die Wiederbewaffnung Deutschlands künftig mit keinerlei Diskriminierung verknüpft werden darf. Der US-Plan schliesst die Schaffung deutscher Divisionen innerhalb der westeuropäischen Armee in sich ein. Es bleibt abzuwarten, auf welche Weise die weitere sozialdemokratische Bedingung auf Bereitstellung ausreichender amerikanischer Streitkräfte in Deutschland beantwortet wird und werden kann.

Es kriselt in Kiel
 =====

E.M. Allmählich zeichnen sich in Schleswig-Holstein immer deutlicher die Schwächen jener "widernatürlichen Ehe" ab, wie der Kieler Oberbürgermeister Andreas Gayk einmal die Regierungskoalition zwischen dem Wahlblock der CDU, FDP und DP mit dem BHE nannte. In offiziellen Verlautbarungen, Interviews und Zeitungsartikeln bemühen sich freilich die Vertreter der vier Regierungsparteien, "das Gesicht zu wahren", es gibt für sie - angeblich - keine schwerwiegenden Differenzen, und den Skeptikern wird pathetisch erklärt, der "Wille zur Einigkeit" sei bei allen Regierungspolitikern so stark, dass jeder Zweifel daran fast eine Art Diskriminierung der Vernunft darstelle...

Die Wirklichkeit ist freilich anders. Zwar scheinen die sachs Kabinettsmitglieder z.Zt. noch in Frieden miteinander auszukommen, aber bei den hinter ihnen stehenden Parteien beginnt es bereits zu kriseln.

Die Hauptbedingungen des BHE für eine Beteiligung an der Regierung bestand in der Vorverlegung der Kreis- und Gemeindewahlen um rund zwei Jahre. Das wurde vom Wahlblock zugestanden. Jetzt musste die Flüchtlingspartei dafür noch die Artikel 6 und 8 der Ländersatzung über Schulgeldfreiheit und Lerrmittelfreiheit sowie über die Bodenreform opfern. Der Wahlblock hatte so unter der Hand den Kaufpreis für die Vorverlegung der Kommunalwahlen erhöht. Aber auch die Rechnung des Wahlblocks war ohne den Wirt gemacht worden.

Die Vertreter der 1300 schleswig-holsteinischen Gemeinden - zum grösseren Teil mit CDU-Mehrheiten - übersandten dem Ländtag eine

Resolution, in der sie gegen die Vorverlegung der Kommunalwahlen schärfstens protestierten, Einzelne Kreise, vor allem die nördlich der Eidergrenze, drohten, den bürgerlichen Parteien die Gefolgschaft zu verweigern und die überzeugenden Gegenargumente der Oppositionsredner im Landtag, die die Vorverlegung der Wahlen als staatspolitisch unverantwortlich bezeichneten, da damit jede Rechtesicherheit beseitigt werde, machten offensichtlich starken Eindruck auf die Abgeordneten des Wahlblocks.

Bei der Abstimmung stimmten auch neun Wahlblockabgeordnete gegen die Vorlage oder enthielten sich der Stimme. Wahlblock und BHE konnten das Gesetz dennoch verabschieden. Ob es zu den Kommunalwahlen (terminiert bis 30. April 1951) tatsächlich kommen wird, wird von Eingeweihten ernstlich bezweifelt; denn die Widerstände dagegen wachsen im ganzen Lande.

Auch in Bonner Regierungskreisen werden diese schleswig-holsteinischen Wahlen ebenfalls nicht gebilligt. Dem Wahlblock geht es jedoch offensichtlich darum, seine Koalition mit dem BHE zu retten - und sei es gegen den Einspruch des ganzen Landes. Heute wird bereits davon gesprochen, dass die "Schleswig-Holsteinische Gemeinschaft" (eine Art Trutz-Organisation gegen den nach Ansicht ihrer Gründer zu grossen Einfluss der Vertriebenen) beabsichtige, bei Zustandekommen der Kommunalwahlen als politische Partei einzugreifen. Das aber würde die Kluft zwischen Einheimischen und Heimatvertriebenen vertiefen und verewigen und eine konstruktive politische Konzeption in Schleswig-Holstein völlig unmöglich machen.

- - - - -

B r i e f e k o m m e n a u s d e m O s t e n

- - - - -

Wieder einmal hat man sich jenseits des eisernen Vorhanges einen neuen Propagandatricks ausgedacht. Westdeutsche Firmen und Geschäftsleute erhalten in diesen Tagen mit dem Poststempel Leipzig C2 versehene Briefe, ordnungsgemäss mit den in der Ostzone gültigen 24-Pfennig-Marken freigemacht. Absender: eine Privatadresse, zum Beispiel "U.Schöne, Leipzig C2, Arthur-Hoffmann-Str.41". Natürlich ist dieser Absender dem Empfänger unbekannt. Aber, so werden sich die wahren Absender in der Ostzone gedacht haben, das gibt ja dem Brief die private Atmosphäre, die gebraucht wird, um den politischen Zweck zu

übertünchen.

Denn was erhalten die Briefe? Ein Schreiben mit dem Kopf "Betriebsfriedenskomitee im Leipziger Messeamt", in dem man dem unbekanntem Empfänger höflich mitteilt, dass sicher auch ihn die konkreten Vorschläge der Prager Aussenminister-Konferenz interessierten, deren abschliessende Erklärung "in Westdeutschland zwar viel kommentiert, aber in ihrem vollen Wortlaut unbekannt geblieben" sei.

Dann folgen acht Seiten Text, der vollständige Wortlaut jener "Prager Erklärung", deren Sinn in Westdeutschland seit ihrer Entstehung bekannt ist und deren vollen Wortlaut sich jeder politisch Interessierte in einem Archiv, in einer Redaktion usw. beschaffen kann. Das also ist es nicht, was den Brief auch für Westdeutschland interessant macht. Bemerkenswert ist vielmehr das Impressum am Fusse des Briefbogens. Dort hat nämlich die Druckerei - wie allgemein üblich - Auftragsnummer und Auflagenhöhe angeführt. Man ersieht, dass die beiden Drucksachen in einer Auflage von 36.000 hergestellt wurden. Daraus geht hervor, dass das "Betriebsfriedenskomitee", dem offensichtlich die Besucherlisten der Leipziger Messe zur Verfügung stehen, an 36.000 Personen in den Westzonen solche Briefe versandt haben muss.

Eine kleine Rechnung: 36.000 mal 24 Pfennige - also 8.640 Mark kostete allein das Porto. Rechnet man Druck- und Papierkosten hinzu, kommt man auf weit über 10.000 Mark, die für eine solche Aktion aufgebracht werden. Dass alle diese Propaganda-Aktionen auf Kosten des Lebensstandards der Ostzonenbevölkerung gehen, ist nicht schwer auszurechnen.

+ + +

Ost-Nachrichten:

Häftlinge sollen HO-Umsatz fördern

sp. Nach dem Verbot für alle politischen Gefangenen in der Sowjetzone, Pakete zu empfangen, wird diese Regelung jetzt auch für die kriminellen Häftlinge eingeführt. Die Häftlinge können sich aber von ihren Angehörigen Geld schicken lassen, mit dem sie in den HO-Läden einkaufen dürfen, die in allen Gefängnissen und Zuchthäusern errichtet werden sollen.

Propaganda-Zucker zu teuer.

sp. Die Zentrale der sowjetzonalen Handelsorganisation (HO) sucht in Dresden dringende Lagerräume für die propagandistisch angekündigten Zuckereinfuhren aus der CSR. Dieser Zucker soll lediglich der HO zur Verfügung gestellt werden, die ihn zu Schwarzmarktpreisen an die Bevölkerung in der Vorweihnachtszeit verkaufen soll. Infolge der hohen Preise sind bereits Absatzschwierigkeiten entstanden, so dass alle HO-Lager überfüllt sind. Dennoch wird an eine Preissenkung oder Sonderzuteilung nicht gedacht.

+ + +

Verantwortlich: i.V. Josef Schmidt.